



VORARLBERG

Antrag 4

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 18. Mai 2016

Angriffe gegen Sozialstaat abwehren!

Wirtschaftskrise und Rekordarbeitslosigkeit werden immer öfter zum Anlass genommen, um unter dem Deckmantel der „Leistung“ einen Angriff auf unseren Sozialstaat zu starten. Da wird Kürzungen bei den Sozialleistungen und der Mindestsicherung sowie Lohnsenkungen durch Schaffung eines Niedriglohnssektors das Wort geredet.

Zuletzt wurde immer wieder u. a. seitens der Industrie der Ruf nach einem Hartz IV-Modell laut, um mehr Menschen in Beschäftigung und mehr Mobilität in den Arbeitsmarkt zu bringen. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie die Erfahrungen in Deutschland mit Hartz IV deutlich zeigen. So sind ca. 6 Millionen Menschen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf staatliche Hilfe angewiesen und 1,3 Millionen trotz Erwerbstätigkeit arm!

Statt eine staatliche Lohndumping- und Sozialkürzungspolitik zu betreiben, müssen vielmehr wirkungsvolle Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping ergriffen und vor allem höhere Mindestlöhne von 1.700 Euro brutto erreicht werden, damit die Menschen von ihrer Arbeit auch leben könnten. Das würde nicht nur die Kaufkraft stärken, sondern auch die Wirtschaft und Beschäftigung ankurbeln.

In dem Zusammenhang muss aber auch dem Lohn- und Sozialdumping durch Billig-Konkurrenz aus dem Ausland ein Riegel vorgeschoben werden. Durch solche unfaire Praktiken und Missbrauch im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr entgehen dem Staat zig Millionen an Steuergeldern und Sozialbeiträgen. Zudem sind heimische Unternehmen und Arbeitsplätze massiv bedroht. All das untergräbt und gefährdet vor allem auch unseren Sozialstaat und unsere soziale Systeme.

Dass hier dringender Handlungsbedarf herrscht, zeigte jüngst erst eine Schwerpunktkontrolle auf Vorarlberger Baustellen. Dabei mussten allein bei 22 Kontrollen im Ländle 35 Übertretungen festgestellt werden! Von daher müssen - auf europäischer wie nationaler Ebene - noch weitere Maßnahmen gegen unfairen Wettbewerb und Sozialdumping ergriffen werden.

Die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg spricht sich mit allem Nachdruck gegen die Einführung eines Hartz-IV-Modells in Österreich aus.

Die Bundesregierung und speziell der Sozial- und Finanzminister werden darüber hinaus aufgefordert,

- **eine deutliche Verschärfung der EU-Entsenderichtlinie mit klaren Maßnahmen gegen Lohndumping und Scheinentsendungen anzustreben,**
- **das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für alle ArbeitnehmerInnen sicherzustellen und**
- **verstärkte Kontrollen zur wirksamen Bekämpfung von Lohndumping zu ergreifen sowie eine Aufstockung der Kontrollbehörden rasch vorzunehmen.**